Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

1H 20 150C

EXTRABLATT März 1975

"Innere Sicherheit" zum Schutz des Bürgers?

Kampfparole gegen das Volk!

„Mehr Schutz für den Bürger!" „Mehr ‚innere Sicherheit'!" „Solidarität der Demokraten für den Schutz von Freiheit und Demokratie!" Wann immer man in den letzten Tagen das Fernsehen einschaltet oder die Zeitung aufschlägt, hört man solche und ähnliche Beschwörungen von den Politikern aller bürgerlichen Parteien. Diese Beschwörungen sind begleitet von einer wütenden Hetze gegen die sogenannten „Linksextremisten", die Revolutionäre und Kommunisten, die angeblich die Sicherheit der Bevölkerung bedrohen. In Wirklichkeit geht es bei dem Geschrei nach mehr Sicherheit allein um die „innere Sicherheit" der Ausbeuter und die verstärkte Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Mehr Sicherheit für die Werktätigen? Stimmt, die ist notwendig. Aber interessiert es denn die Kapitalisten, ob die Frauen ohne Angst vor Überfällen nachts nach Hause gehen können? Interessiert es sie, ob uns ein Heer von kleinen und größeren Gaunern unsere Brieftasche stiehlt oder unser Auto knackt, falls wir uns eines leisten können? Wenn „Bild" einzelne solcher Fälle groß herausbringt, dann nur deshalb, um uns jeden Tag neu Angst einzujagen, und uns ebenso jeden Tag aufs Neue den Polizisten an der Ecke als „Freund und Helfer" zu empfehlen. **Nicht umsonst sorgt die Kapitalistenklasse dafür, daß sich hartnäckig das Gerücht hält, daß Hitler immerhin dafür gesorgt habe, daß man keine Angst vor Dieben, Gaunern und Rowdies zu haben brauchte. Die Drohung mit den Verbrechen ist eine alte Masche der Kapitalisten, um vor dem werktätigen Volk den Ausbau der Polizei, der zivilen Spitzel usw. zu „rechtfertigen".** Denn in Wirklichkeit ist der Kapitalismus selber der Nährboden des Verbrechens, und die größten Räuber sind die Kapitalisten selber, die sich Tag für Tag in den Betrieben an unserer Arbeit bereichern und uns anschließend den mageren Lohn, den sie uns gelassen haben, als Preis für Essen, Wohnen und Kleiden wieder abknöpfen. Das einzige Land in Europa, wo heute tatsächlich die Zahl der Verbrechen zurückgeht, ist Albanien, das Land, in dem die kapitalistischen Ausbeuter verjagt und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern errichtet wurde.

Oder nehmen wir die sogenannten Unglücksfälle. Am gleichen Tag, als von der Lorenz-Entführung die Tagesschau zur Hälfte gefüllt war, kam als letzte Meldung ein kurzer Satz: in München wurden beim Zusammenstoß eines Busses mit einem Zug 12 Menschen getötet. Der Tod dieser Werktätigen beunruhigt niemanden von denen, die nach dem „Schutz des Bürgers" schreien. Denn er ist das Ergebnis der „Sparmaßnahmen der Bundesbahn", sprich: er dient dem Profit, er ist im „Etat" bereits einkalkuliert.

Oder nehmen wir das Simpelste, was man ja wohl als „umsorgter Bürger" verlangen kann: einen sicheren Arbeitsplatz, ein geregeltes Auskommen. 1,3 Millionen Arbeiter und mit ihnen ihre Frauen und Kinder haben heute selbst das nicht mehr, tausende andere leben tagtäglich in Angst um ihre Arbeit.

Im Kapitalismus gibt es für die Arbeiter keine Sicherheit. Nicht einmal die Sicherheit des Lebens. Zwei imperialistische Weltkriege haben millionenfach das Blut der Werktätigen fließen lassen. Für die Kapitalisten dagegen waren sie ein Bombengeschäft. Auch heute stehen sich gerade auf dem Boden unseres Vaterlandes die zwei imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion schwer bewaffnet gegenüber. Ihr Ringen um die Vorherrschaft in Europa bedeutet Kriegsgefahr. Was meint ihr denn, warum die Kapitalisten uns empfehlen, daß wir uns gegen eine Atombombe eine Aktentasche auf den Kopf legen sollen,und für sich selber strahlensichere Bunker bauen? Weil es ihnen um unseren Schutz geht?

Die Kapitalisten interessiert allein ihre Sicherheit, ihr Profit. Die Demokratie und die Freiheit, von der sie sprechen, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Diktatur der Bourgeoisie, mit der sie die Arbeiterklasse unterdrückt. Und je mehr die Bourgeoisie fürchtet, daß die Werktätigen erkennen, daß es allein die Imperialisten sind, die Terror gegen das Volk ausüben, desto mehr verschärft sie die gewaltsame Unterdrückung der Werktätigen und besonders der Kommunisten, um zu verhindern, daß sie eines Tages besiegt und gewaltsam entmachtet wird.

MIT REVOLUTIONÄRER GEWALT GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄRE GEWALT DER BOURGEOISIE

Natürlich fürchten die Kapitalisten nicht wirklich um ihre Macht bei fünf, zehn oder auch 20 „Terroristen", die mit einer Pistole unter dem Kopfkissen schlafen. Was sie fürchten ist, daß 50 000, 100 000 Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei die Gewehre gegen die Ausbeuter richten. Deshalb auch predigen die gleichen Kapitalisten, die jeden Verkehrspolizisten mit einer Pistole ausrüsten, die ihre Eliteeinheiten zum Scharfschießen ausbilden, die jetzt sogar an Bundestagsabgeordnete, Richter und Staatsanwälte Waffen verteilen, dem Volk die Gewaltlosigkeit, verschärfen sie die Waffengesetze, lassen sie die einfachen Soldaten sogar im Manöver nicht mit echter Munition schießen und würden am liebsten den proletarischen Schützenvereinen das Schiessen mit Platzpatronen verordnen. Deshalb verschärfen sie die Gesetze und verstärken sie die Verfolgung der revolutionären Agitation und Propaganda, die die Anwendung der revolutionären Gewalt der Volksmassen gegen die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie verteidigt. Bald 20 Jahre Gefängnis wurden zum Beispiel insgesamt gegen junge Kommunisten verhängt, die am Roten Antikriegstag 1972 in München das Demonstrationsverbot in der Münchner Innenstadt mit revolutionärer Gewalt durchbrachen.

Angesichts dieser Tatsachen heißt es, dem Faschismus den Weg zu ebnen, wenn man der Arbeiterklasse einen „friedlichen Weg zum Sozialismus" vorgaukelt, wie es die D„K"P-Revisionisten tun. Eine wirkliche Kommunistische Partei, wie die KPD/ML, läßt keinen Zweifel daran, genauso wenig wie es Marx, Engels, Liebknecht oder Thälmann getan haben, daß die Herrschaft der Kapitalistenklasse nicht auf friedlichem Weg, sondern nur in der bewaffneten Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML, gestürzt werden kann. Die Geschichte hat bewiesen, daß noch nie eine herrschende Klasse friedlich abgetreten ist, um der unterdrückten Klasse Platz zu machen. Die Gegenwart beweist, daß „unsere" Kapitalisten von genau dem gleichen Holz geschnitzt sind.

Nehmen wir nur ein einziges Beispiel aus den letzten Wochen. Die Wyhler Bevölkerung, deren Auskommen und Gesundheit durch den Bau eines Atomkraftwerkes gefährdet ist, setzte sich dagegen zur Wehr. Brutal setzte daraufhin der kapitalistische Staat die Polizei gegen Arbeiter, Bauern, Frauen und Kinder ein. Aber die Wyhler haben die Polizei verjagt. Mit Gewalt! Hätten sie ohne diesen militanten Kampf erreicht, daß die Bauarbeiten für das KKW vorläufig erst mal eingestellt werden? Hier in Wyhl ging es für die Kapitalistenklasse nur um eine „kleine" Sache. Wie werden sie reagieren, wenn es um die „große Sache", nämlich um die Verteidigung ihrer Herrschaft in einer revolutionären Situation geht?

Es ist eine Tatsache, daß wir nicht die Wahl haben zwischen der Möglichkeit, „friedlich" oder „gewaltsam" den Kapitalismus zu stürzen. Es gibt nur den Weg der bewaffneten Revolution, um ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu erkämpfen.

Weil die KPD/ML der Arbeiterklasse diesen einzig realistischen Weg zu ihrer Befreiung zeigt, und an vorderster Front mit für dieses Ziel kämpft, deshalb verfolgt uns die Bourgeoisie, sperrt sie unsere Genossen ins Gefängnis. Auch wegen dieses Flugblattes, das du gerade liest, Kollege, wird dem verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN mit Sicherheit wieder ein Strafbefehl ins Haus flattern, weil angeblich die „Bundesrepublik Deutschland böswillig verächtlich gemacht" wurde. Allein im letzten halben Jahr wurden Strafbefehle in einer Gesamthöhe von über 20 000 DM gegen den ROTEN MORGEN verhängt. Nach unvollständigen Unterlagen ermittelte die Rote Hilfe daß in den letzten fünf Monaten allein 288 Verfahren neu gegen politische Gegner des Kapitalismus eingeleitet wurden.

Das ist also die vielgepriesene „Demokratie", die „Meinungsfreiheit", auf die sich Bundesjustizminister Vogel beruft, wenn er behauptet, daß in diesem Land niemand wegen seiner politischen Ansichten verfolgt wird!

WEIL DIE BOURGEOISIE DIE REVOLUTION FÜRCHTET . . .

Kollegen, es war nicht von Anfang an so, daß bald jeder zweite ROTE MORGEN vom Staatsanwalt mit einer Anklage bedacht wurde. Daß dieser Staat ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist, daß es ein Kapitalistenstaat ist, daß Revolutionäre von der Polizei ermordet werden usw. – all das konnte man vor ein, zwei Jahren noch völlig „frei" sagen. Warum hat sich das geändert?

Die verschärfte politische Unterdrückung, die Faschisierung des Staatsapparates sind zwar eine ernstzunehmende und nicht zu unterschätzende Gefahr für das Proletariat und alle anderen Werktätigen. Aber sie sind kein Grund zur Resignation. Im Gegenteil. Den Kapitalisten waren natürlich die Zeiten viel lieber, wo sie von der „Demokratie" und der „freiheitlichen Grundordnung" schwätzen konnten, ohne daß die Wirklichkeit sie so offen Lügen strafte wie heute. Aber diesen Anschein einer persilweißen Demokratie aufrechtzuerhalten, können sich die Kapitalisten heute nicht mehr leisten.

Denn heute erkennen immer größere Teile der Arbeiterklasse und des Volkes aus der eigenen bitteren Erfahrung, daß dieses verrottete kapitalistische System den Werktätigen höchstens vorübergehend einmal ein anständiges Leben erlaubt. Daß es ihnen auf die Dauer nicht einmal die minimalsten Ansprüche erfüllen kann, weder ihre Gesundheit, noch ihr Leben sichert.

Der jetzige Bundesverfassungsrichter Benda sagte bereits 1969 (als es noch keine Lorenz-Entführer und keine RAF gab) treffend: „Solange die Sonne der Konjunktur scheint, wird diese Demokratie bestehen. (. . .) Aber wenn einmal fünf, sechs Millionen Arbeitslose da sind, dann beginnt die hohe Zeit für die Agenten des Kommunismus, und für diesen Augenblick müssen wir vorbereitet sein."

Noch gibt es die von Benda prophezeiten fünf oder sechs Millionen Arbeitslosen nicht, aber die Kapitalistenklasse ist bereits so bange um ihre „innere Sicherheit", daß sie die ohnehin minimalen demokratischen Rechte des Volkes immer mehr – wie eine Maske – fallen läßt. Und unter dieser Maske zeigt sich völlig unverhüllt die vorher in Phrasen und ein paar Zugeständnisse verpackte Diktatur, der Faschismus.

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, sagte in seiner Rede „Tod dem Faschismus": ***„Wir müssen die Errichtung des Faschismus bei uns als einen längeren Prozeß der Faschisierung, des ständigen Abbaus, der Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes betrachten, dessen qualitativer Sprung wohl bei der Anwendung der Notstandsgesetze liegen wird."***

. . . BEREITET SIE SYSTEMATISCH DIE ERNEUTE ERRICHTUNG EINER FASCHISTISCHEN DIKTATUR VOR.

Dieser Prozeß der Faschisierung, des Abbaus demokratischer Rechte, ist in den letzten Jahren systematisch vorangetrieben worden. Der entscheidendste Schritt dazu war die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahre 1968. **Hier haben die westdeutschen Imperialisten klar zu erkennen gegeben, daß sie in der erneuten Errichtung einer faschistischen Diktatur den einzigen Ausweg aus der Verschärfung der Klassenkämpfe sehen.**

Die verschiedenen Maßnahmen, die kürzlich in der Bundestagsdebatte angesprochen wurden, sind keineswegs aufgrund der Lorenz-Entführung aufs Tapet gekommen. Schon lange haben sich die drei Bundestagsparteien und die Regierung dafür stark gemacht, daß in Fragen des „Kampfes gegen den Terrorismus" die föderalistische Kompetenzteilung aufgehoben werden soll, um schneller und wirkungsvoller zuschlagen zu können. Als Modellfall wird auf den im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung gebildeten Krisenstab verwiesen, der praktisch eine Anwendung des in den Notstandsgesetzen vorgesehenen „Gemeinsamen Ausschusses" ist. Aber bereits vor der Gründung des Bonner Krisenstabes und auch ohne daß die Kapitalisten den Notstand ausgerufen hätten, war das föderalistische Prinzip, was den Kampf des imperialistischen Staatsapparates gegen die revolutionäre Bewegung angeht, weitgehend aufgeweicht. Bereits am 13. 11. 73 erklärte der damalige Bundesinnenminister Genscher: „Als wirkungsvollstes Instrument für die Zusam-

menarbeit zwischen Bund und Ländern im Bereich der inneren Sicherheit hat sich die Innenministerkonferenz erwiesen. Hier vollzieht sich eine für die Öffentlichkeit nur selten wahrnehmbare dafür aber umso effektivere Koordinierung der gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen." **Was so das Licht der Öffentlichkeit scheut, ist schlicht und einfach der Abbau des föderalistischen Prinzips, das bei der Gründung der Bundesrepublik als Schutzwall gegen eine neue zentralisierte faschistische Diktatur gefeiert wurde.**

Bundeskanzler Schmidt träumt bereits von einer zentralisierten Bundespolizei — ähnlich dem amerikanischen FBI. Der erste Schritt dazu wurde bereits 1972 getan, als das Bundeskriminalamt per Gesetz zur zentralen Erkennungsdienststelle der Polizei gemacht wurde. Seither ist es möglich, über den Computer innerhalb weniger Minuten Auskunft über praktisch jeden Bundesbürger zu erhalten. Daß das nicht die einzige Maßnahme zur Zentralisierung ist, zeigt der Anstieg des Etats des BKA von 1969 22 Millionen bis jetzt auf 130 Millionen. Zur Stärkung der Polizeigewalt des Bundes, wie sie in den vergangenen Jahren erfolgt ist, gehört auch die Mitte 73 gesetzlich festgelegte besondere Ausrichtung des Bundesgrenzschutzes auf „Aufgaben der inneren Sicherheit" und der auf dieser Grundlage nach Absprache mit der Innenministerkonferenz gefaßte Beschluß des Bundesinnenministeriums zur Aufstellung einer besonderen Bürgerkriegseinheit des Bundesgrenzschutzes. In dem Beschluß heißt es: „Aufgabe der Spezialeinheiten wird es sein, an jedem Ort und zu jeder Zeit auf Anforderung eines Bundeslandes gemäß § 9 des BGS-Gesetzes für polizeiliche Einsätze verfügbar zu sein. Der Einheit werden u. a. Präzisionsschützen, Waffen- und Sprengstoffexperten, Chemo- und Elektrotechniker sowie Fernmelde- und andere technische Spezialisten angehören. Die Angehörigen der Spezialeinheit werden durch eine besondere Ausbildung im waffenlosen und bewaffneten Kampf auf ihren Einsatz vorbereitet."

Einsatz hatte der Bundesgrenzschutz unter anderem bei der grossen Demonstration gegen den Kreml-Zaren Breschnew in Dortmund. Als die Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen auf der Straße waren, um gegen diesen Pseudokommunisten, der für die Besetzung eines Teils unseres Vaterlandes, der DDR, verantwortlich ist und unsere Landsleute dort mit Mauer und Stacheldraht gefangen halten läßt und faschistisch unterdrückt, zu demonstrieren, wurde die Polizei durch BGS-Einheiten verstärkt, um möglichst vieler Demonstranten habhaft zu werden. Es wurden fast 1 000 Personen festgenommen.

Die Forderung von Schmidt nach „Bekämpfung konspirativer Terrorgruppen durch Observation und Infiltration in den Sympathisantengruppen" wird, wie z. B. die Fälle Ruhland und Urban beweisen, längst ebenfalls praktiziert. Bislang tauchte allerdings für Polizei und Verfassungsschutz das Problem auf, daß die von ihnen eingeschleusten Spitzel und Agenten, um sich nicht gleich zu entlarven, an den Aktivitäten der von ihnen bespitzelten Organisationen teilnehmen mußten, auch wenn diese gegen bürgerliche Gesetze verstießen. Nach geltendem bürgerlichem Recht müßten sie also genauso vor Gericht gestellt werden, wie die, die von ihnen ans Messer geliefert wurden. Aber auch dieses Problem wird nun mit NRW-Justizminister Possers Vorschlag gelöst: Straffreiheit für Kronzeugen, hohe Belohnung und falscher Paß für sie heißt hier das Rezept.

Ganz besonders deutlich zeigt sich die verschärfte Faschisierung an den Maßnahmen der Bourgeoisie gegen jede revolutionäre Bewegung. Sie versucht überall, den Funken auszutreten, bevor er zum Steppenbrand wird: Gegen die revolutionäre Bewegung der studentischen Jugend geht der imperialistische Staat mit Verschärfung des Ordnungsrechtes, den Hochschulrahmengesetzen und der Liquidierung der verfaßten Studentenschaft vor. Gegen den revolutionären antimilitaristischen Kampf der Soldaten erließ er beispielsweise bereits 1971 den berüchtigten Maulkorberlaß, der jeden revolutionären Zusammenschluß der Soldaten verbietet, nach dem es den Soldaten sogar verboten ist, gemeinsam eine Beschwerde zu verfassen oder sich zu verabreden, Beschwerden gleichen Inhalts zu schreiben. Gegen die Tatsache, daß sich immer mehr Lehrer auf die Seite der Arbeiterklasse stellen und den Kampf gegen das kapitalistische Ausbildungssystem aufnehmen, wurde der sogenannte Radikalenerlaß beschlossen, der die fortschrittlichen Lehrer mit Berufsverbot belegt. Genscher sprach am 23. Oktober 73 klar aus, was die Bourgeoisie durch die Berufsverbote verhindern will: „**Ich sage es ohne wenn und aber: wer den freiheitlichen Rechtsstaat durch die Diktatur des Proletariats ersetzen will, (. . .), der hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.**"

Vor allem aber richtet sich die Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates natürlich gegen die Arbeiterklasse. Mit der im reaktionären Betriebsverfassungsgesetz, durch das die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse gegenüber dem Adenauer-BVG sogar noch verschärft wurde, befohlenen Betriebsfriedenspflicht wird praktisch jeder selbständige Kampf der Arbeiterklasse im Betrieb von der Bourgeoisie illegalisiert. Polizeiknüppel gegen streikende Arbeiter im Sommer 73 sprechen eine deutliche Sprache. Als besonderes Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse dient den Kapitalisten der reaktionäre DGB-Apparat. Er geht besonders gegen die klassenkämpferischen, revolutionären und kommunistischen Kollegen vor. Auf der Grundlage der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse werden sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, womit der DGB-Apparat häufig auch gleichzeitig die politische Entlassung des Kollegen aus dem Betrieb eingeleitet hat. An der Seite von Betriebsleitung und Werkschutz sind es nicht selten die DGB-Betriebsräte, die die politische Entlassung von Kommunisten betreiben, indem sie sie bei den Kapitalisten denunzieren bzw. Provokationen zur „Störung des Betriebsfriedens" inszenieren, die dann als Vorwand für die von DGB-Betriebsräten mit unterschriebene Entlassung dienen. **Die Rolle des DGB-Apparats im Rahmen der Faschisierung besteht hauptsächlich darin, daß er als Instrument der Kapitalistenklasse versucht, der Arbeiterklasse den „Frieden" mit den Ausbeutern aufzuzwingen. Das geschieht vor allem auf der Grundlage der von ihm mit Unterstützung der D„K"P-Revisionisten propagierten Mitbestimmung.**

Indem der DGB-Apparat die „Rentabilität der Betriebe" und die „wirtschaftliche Stabilität" zum gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Kapitalisten erklärt, versucht er die Arbeiterklasse entgegen ihren objektiven Interessen und unter Ausnutzung aller Methoden der Einschüchterung und des Terrors auch gegen ihren subjektiven Willen am unversöhnlichen Kampf gegen ihre Ausbeuter zu hindern. So läuft **die Mitbestimmungsideologie in der Konsequenz auf die faschistische Volksgemeinschaftsideologie hinaus, in der jeder Kampf der Arbeiterklasse für ihre Interessen als Verbrechen am Ausbeuter und Ausgebeutete angeblich einenden „Volksganzen" mit faschistischem Terror unterdrückt wird.** Nicht umsonst hat Schmidt in der Bundestagsdebatte den DGB-Apparat für sein Eintreten für den „Rechtsstaat" gelobt. Nicht umsonst hat Brandt gerade die SPD-Betriebsrätekonferenz zu besonders wütenden Angriffen gegen den Kommunismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung benutzt.



Wütend greifen die Polizisten die Bilder des türkischen Patrioten Danis Neset und des Kommunisten Günter Routhier an. Danis Neset wurde von türkischen Faschisten erschlagen. Günter Routhier starb an den Folgen des Polizeiterrors bei der Arbeitsgerichtsverhandlung seines Genossen Hanfried Brenner gegen die Mannesmannkapitalisten. Photo: Demonstration in Köln am 13. 7. 1974

MODERNE REVISIONISTEN VERRÄTER AM KOMMUNISMUS — WEGBEREITER DES FASCHISMUS

Kollegen, die hier aufgeführten Beispiele der Faschisierung zeigen eines ganz deutlich: Daß es sich bei diesen Maßnahmen der Bourgeoisie um Kampfmaßnahmen gegen das werktätige Volk handelt. Diese Maßnahmen sind für die Bourgeoisie notwendig geworden, weil sich die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse weiter zugespitzt haben, weil die herrschende Klasse in stärkerem Maße durch den Kampf der Arbeiterklasse in Bedrängnis gerät.

Niemand kann ernsthaft den bürgerlichen Parteien glauben, wenn sie die Faschisierung mit den Aktionen der RAF oder der Bewegung 2. Juni begründen. Würden sich ihre Maßnahmen wirklich nur gegen diesen Kreis richten, so wäre wohl kaum z. B. eine Einschränkung des Demonstrationsrechts notwendig, denn bekanntlich gehören Demonstrationen nicht zu deren politischen Aktivitäten, dann wären auch wohl kaum Berufsverbote und politische Entlassungen notwendig, weil beide Gruppen im Untergrund arbeiten.

Doch eine dieser bürgerlichen Parteien, die sich kommunistisch nennt — die D„K"P — behauptet, aufgrund der ‚Provokationen' der Terroristen würde das sogenannte Rechtskartell die demokratischen Rechte abbauen. Diese „Theorie", die bis hin zu den Jungsozialisten in verschiedenen Variationen aufgetischt wird, hat innerhalb der Arbeiterbewegung beträchtliche Verwirrung ausgelöst und hat falsche Vorstellungen erzeugt. **Was wollen die Pseudokommunisten der D„K"P mit dieser „Theorie" erreichen? Sie wollen die Trennungslinie zwischen Freund und Feind, zwischen den beiden Klassen verwischen.** Indem sie z. B. die Lorenz-Entführung als eine vom sogenannten Rechtskartell geplante Provokation hinstellen, wollen sie die Lorenz-Entführer, aber auch die politischen Gefangenen als Helfershelfer der Reaktion und als Feinde des Volkes hinstellen. Indem sie den „Abbau der demokratischen Rechte" als Werk und Ziel des von ihnen erfundenen „Rechtskartells" hinstellen, unterteilen sie die politischen Parteien des Kapitals in vernünftige, friedliche und auf der anderen Seite in aggressive, reaktionäre. Ihr Ratschlag für die Arbeiterklasse lautet, sich mit dem „vernünftigen, friedlichen" Teil der Bourgeoisie zusammenzutun gegen den „aggressiven, reaktionären" und gegen die angeblichen Provokateure, zu denen sie übrigens auch unsere Partei zählen, weil wir die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution propagieren.

Wenn man diese „Theorie" der D„K"P etwas näher beleuchtet, merkt man sofort, daß sie reiner Betrug ist. Denn: Wer beschließt die Gesetze, die die Faschisierung vorantreiben, wer befehligt Polizei und BGS? Doch wohl nicht das „Rechtskartell". Nein, die angeblich so friedliche SPD/FDP-Regierung. Als es darum ging, die Notstandsgesetze für das Kapital durchzupauken, machten das beide großen bürgerlichen Parteien in der Großen Koalition. **Niemals würden die Monopolkapitalisten zulassen, daß eine Partei an die Regierung kommt, die nicht ihre Interessen vollständig vertritt, die den Staatsapparat nicht ihren Interessen entsprechend ausbaut. Und wenn das Monopolkapital die Errichtung der faschistischen Diktatur für notwendig hält, dann wird sie errichtet. Unter welcher politischen Partei, ist eine zweitrangige taktische Frage für die Bourgeoisie. Allein der Kampf der Arbeiterklasse für den Sozialismus kann den Faschismus verhindern oder bezwingen.**

In der Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zum 6. Parteitag der KPD/ML heißt es dazu:

„Die hauptsächlich von den modernen Revisionisten verbreitete „Rechtskartell-Theorie" hat in Wirklichkeit nur eine Aufgabe: sie soll Verwirrung in die Arbeiterklasse tragen, soll vom Hauptfeind im antifaschistischen Kampf, dem Imperialismus und dem imperialistischen Staatsapparat ablenken. Sie soll den politischen Kampf der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes auf den engsten Rahmen der Verteidigung gewisser „demokratischer Rechte" beschränken. **Die Arbeiterklasse soll den „normalen" Kapitalismus, die „normale" Ausbeutung, die „normale" Unterdrükkung verteidigen, statt zu erkennen, daß nur der gewaltsame Sturz des Imperialismus in der sozialistischen Revolution, die Zerschlagung des imperialistischen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats den Faschismus verhindern und die faschistische Gefahr endgültig bannen können. In Wirklichkeit verfolgen die modernen Revisionisten das Ziel, die Arbeiterklasse wehrlos gegenüber dem Faschismus zu machen, sie sind der Wegbereiter des Faschismus. . .**

Der Faschismus wird nicht aus heiterem Himmel von irgendeinem „Rechtskartell" errichtet, er wird erst recht nicht durch die revolutionäre Bewegung „provoziert". Faschismus und Krieg — das ist letztlich der einzige Ausweg, den die Bourgeoisie aus der politischen Krise ihrer Herrschaft noch zu sehen glaubt. Die Verschärfung der inneren Widersprüche des Imperialismus läuft zwangsläufig auf die Alternative Faschismus oder proletarische Revolution, Sozialismus oder Barbarei hinaus. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, der Arbeiterklasse und dem gesamten werktätigen Volk den revolutionären Ausweg zu weisen: den Sozialismus, der nur durch die proletarische Revolution erkämpft werden kann."

Tod dem Faschismus!

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Gernot Schubert, Bochum. Verlag: G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Bestellungen an: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26